



Wohin entwickelt sich Uttings Dorfmitte und wie kann die Gemeinde darauf einwirken? Darüber wurde im Gemeinderat anlässlich eines Antrags diskutiert. Die CSU/Bürgerliste fordert darin, einen Bebauungsplan aufzustellen und einen Architektenwettbewerb auszuloben. Foto: Thorsten Jordan

# Kein Plan für den Ortskern

**Antrag** Mangelt es in Utting an Gestaltungswillen? Dies beklagt die CSU/Bürgerliste, findet aber keine Mehrheit beim Wunsch nach einem Bebauungsplan

VON STEPHANIE MILLONIG

**Utting** Geschäfte, die schließen und ein seit Jahren leer stehendes Steinhauser Haus neben dem Dorfbrunnen sind die wiederkehrend diskutierten Probleme des Uttinger Ortskerns. Sie werden fraktionsübergreifend beklagt. Wie dem zu begegnen ist und wie aktiv die Gemeindeführung in diesem Zusammenhang sein soll, beziehungsweise was versäumt wurde, darüber gehen die Meinungen auseinander. Die CSU-Fraktion beantragte in der jüngsten Gemeinderatssitzung die Aufstellung eines Bebauungsplanes und im Vorfeld dazu einen Architektenwettbewerb. Vor allem der Umwandlung von Gewerbeflächen, das heißt, Läden in Wohnungen, soll damit vorgebaut werden.

Bevor es in die inhaltliche Debatte ging, kam die Vergangenheit aufs Tapet: Karl Sauter (CSU) las aus dem Uttilo, dem Informationsblatt der Grünalternativen Liste (GAL), aus den Jahren 2006 sowie 2007 und aus Zeitungsartikeln Passagen vor,

in denen die GAL die Verödung der Bahnhofstraße beklagte und vom damaligen CSU-Bürgermeister Josef Klingl ein stärkeres Bemühen um Städtebauförderung gefordert hatte. „Utting braucht eine Vision und mehr Gestaltungswillen“, zitierte Sauter die GAL. „Es sind viele Worte gewesen und nichts ist passiert“, kritisierte er, dass die Gemeinde auch mit dem grünalternativen Bürgermeister Josef Lutzenberger nicht weitergekommen sei. Das Gesetz des Handelns müsse in die Hand genommen werden, verwies Sauter auf Dießen und die Bautätigkeiten dort im Rahmen der Städtebauförderung. „Da rührt sich was.“ Das Thema Ortskernentwicklung und das Engagement der Gemeinde war vor der Kommunalwahl 2008, bei der Lutzenberger Klingl ablöste, ein Streitthema.

Lutzenberger erinnerte daran, dass im Herbst 2007 zwei Münchner Baudirektorinnen für Utting wenig Chancen für eine Teilhabe an der Städtebauförderung gesehen hatten, da im Ortskern nicht flächende-

ckend saniert werden müsse. Die GAL hatte daraufhin im November 2007 einen Antrag zur Städtebauförderung zurückgezogen.

„Josef Klingl hat überhaupt nichts versäumt“, bewertete Lutzenberger das Vorgehen seines Vorgängers in Sachen Städtebauförderung und Bahnhofstraße. Wenn ein Bauantrag komme beispielsweise für das Steinhauser Grundstück, werde man eine Veränderungssperre erlassen und einen Bebauungsplan aufstellen.

Peter Noll (GAL) bemängelte bei dem CSU-Antrag, dass kein Umgriff für den Bebauungsplan vorgegeben sei. Zweite Bürgermeisterin Margit Gottschalk (CSU/Bürgerliste) kritisierte im Gegenzug, dass es hier nur darum gehe, den CSU-Antrag abzuschmettern. Für sie ist auch der ästhetische Aspekt wichtig und sie will sich für eine Verbesserung in der Bahnhofstraße von Fachleuten beraten lassen. Andreas Streicher (CSU/Bürgerliste) will mögliche Investoren mittels Bebauungsplan wissen lassen, was sich die Gemein-

de beispielsweise auf der Fläche des Steinhauser Hauses vorstellen kann.

Die Mehrheit folgte jedoch Lutzenbergers Argumentation, die Gemeinde solle erst tätig werden, wenn konkrete Bauwünsche vorliegen. Sonst müsse man umplanen, wenn später eine anvisierte Nutzung dem Plan widerspreche, aber durchaus von der Gemeinde gewollt sei. Das Gros der Gemeinderäte sieht auch wenig Möglichkeiten, darauf Einfluss zu nehmen, dass sich Läden oder Lokale ansiedeln. Die CSU-Initiative nicht ganz verwerfen wollte Renate Standfest (GAL), die sich vorstellen kann, als Gemeinde punktuell Akzente zu setzen, beispielsweise im Bereich des Mühlbachs. Der CSU-Antrag wurde mit 10:6 Stimmen abgelehnt.

Über einen Bebauungsplan für die Bahnhofstraße war schon vor zehn Jahren diskutiert worden. Damals sahen sowohl CSU-Bürgermeister Josef Klingl als auch GAL-Gemeinderat Peter Noll einen derartigen Plan nicht als geeignetes Instrument an.